

# Deutscher Bundestag

## Stenographischer Bericht

### 173. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 31. Mai 2001

#### Inhalt:

#### Tagesordnungspunkt 17:

Antrag der Abgeordneten Klaus Riegert, Norbert Barthle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: **Errichtung eines Fonds zur Unterstützung der Doping-Opfer der DDR**  
(Drucksache 14/5674)

	17020 A
Klaus Riegert CDU/CSU	17020 A
Götz-Peter Lohmann (Neubrandenburg) SPD	17021 C
Dr. Klaus Kinkel F.D.P.	17023 C
Winfried Hermann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17024 B
Friedhelm Julius Beucher SPD	17025 A

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Klaus Riegert, Norbert Barthle, Friedrich Bohl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

**Errichtung eines Fonds zur Unterstützung der Doping-Opfer der DDR**

– Drucksache 14/5674 –

Überweisungsvorschlag:

Sportausschuss (f)

Innenausschuss

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe als erstem Redner dem Kollegen Klaus Riegert von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

**Klaus Riegert** (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kol legen! Auf kaum einem gesellschaftlichen Gebiet ist die Zusammenführung der beiden deutschen Staaten so schnell und reibungslos gelungen wie im Sport. Dies ist parteipolitisch, glaube ich, übergreifend unbestritten.

Von dieser Zusammenführung haben die alten und die neuen Länder, hat der deutsche Sport in seiner Gesamtheit Gewinn gezogen. Sportstättenbau und Sportinfrastruktur in den neuen Ländern haben in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Rund 2,5 Milliarden DM aus dem Investitionsfördergesetz sind seit 1995 in den Sportstättenbau der neuen Länder geflossen. Auch der so genannte Goldene Plan Ost wird, wenn auch in bescheidenerem Maße als angekündigt, zu einer weiteren Verbesserung führen.

Die alten Länder haben in der sportpolitischen Leistungsbilanz in nicht unerheblichem Maße von den Spitzenleistungen der ehemaligen DDR-Spitzensportlerinnen und -Spitzensportler profitiert.

*(Uwe Hixsch [PDS]: Sehr richtig!)*

Noch zehn Jahre nach der Wende bessern die Sportler der ehemaligen DDR die deutsche Bilanz bei Welt- und Europameisterschaften sowie Olympischen Spielen auf. Ohne deren Spitzenleistungen würde die Bilanzierung des deutschen Spitzensports im internationalen Vergleich sehr viel schlechter ausfallen. Noch zehn Jahre nach der Wende profitieren wir von den Jugend- und Kaderschulen der ehemaligen DDR.

Diese Nachfolge des DDR-Sportsystems haben wir gerne angetreten. Wir schmücken uns mit den herausragenden Leistungen. Wir stehen gerne neben den Erfolgreichen des ehemaligen DDR-Systems. Wir verleihen ihnen das Silberne Lorbeerblatt. Die Medien widmen diesen Spitzensportlern umfassende Aufmerksamkeit und die Sponsoren zeigen sich großzügig. Dies ist im Grunde nicht zu kritisieren.

Doch, meine Damen und Herren, diese herausragenden Leistungen von Topsportlern der ehemaligen DDR haben einen langen Schatten. Er heißt Doping, systematisch angewendet an vielen jungen Athleten, oft gegen deren Willen, meist ohne deren Wissen. Für diese

Athleten gab es keine Hinweise auf zu erwartende psychische und physische Schäden, gab es keine Warnung vor Langzeitschäden. Sie haben sich einem System von staatlichen Funktionären und Trainern anvertraut, deren Maxime die Leistung zum Wohle des Staates war. Wir wissen von diesen dunklen Kapiteln des DDR-Sports aus zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen, aus Geständnissen von Trainern und Funktionären und aus Berichten von Sportlern.

Es ist an Zynismus kaum zu überbieten, wenn Ärzte vor Gericht erklären, es sei für sie selbstverständlich gewesen, junge Sportler bei ihrem Streben nach Höchstleistungen mit **Dopingmitteln** zu unterstützen; gesundheitliche Schäden seien zu erwarten gewesen. Dies zeigt die Gewissenlosigkeit, mit der mit jungen Menschen und Doping umgegangen wurde.

An jungen Sportlerinnen und Sportlern wurden Medikamente erprobt. Gesundheitliche Risiken wurden von Funktionären, Trainern und Betreuern bewusst in Kauf genommen. Die Athleten waren in der Regel ahnungslos.

Wir wissen heute durch gerichtliche Verfahren mehr über diese verwerflichen Methoden und Machenschaften. Wir sollten uns deshalb zu beiden Seiten der Medaille des **Leistungssports der ehemaligen DDR** bekennen, zu den Siegern und zu den Opfern.

*(Beifall bei der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Beide sind Ergebnisse eines staatlich verordneten Leistungsgedankens mit dem Ziel, durch sportliche Höchstleistungen die Leistungsfähigkeit des sozialistischen Systems unter Beweis zu stellen. Beide sind Ergebnisse eines Systems, in dem nicht der Mensch, sondern der Erfolg entscheidend war. Der Mensch war lediglich Mittel zum Zweck.

*(Uwe Hixsch [PDS]: Das ist ja eine gewagte These!)*

Junge, hochtalentierte Sportler haben sich guten Glaubens einem System anvertraut, das vorgab, ihre Talente fördern zu wollen. In Wirklichkeit wurden sie benutzt. 13-, 14-, 15-Jährige wurden mit leistungsfördernden Mitteln voll gepumpt, ohne über die Folgen aufgeklärt zu sein.

Die Verlierer des Systems sind die Opfer, von der Öffentlichkeit verdrängt. Sie müssen selber sehen, wie sie mit den Folgen fertig werden. Sie haben Höchstleistungen erreicht oder erreichen wollen. Sie müssen heute fest stellen, dass sie an einem System gescheitert sind, in dem die Leistung und der Erfolg um jeden Preis alles, die Gesundheit wenig war.

In unserem Antrag geht es um diese Opfer eines manipulierten Leistungssports. Die Schädigungen sind vielfältig: von der Akne über Regelstörungen, Schwangerschaftsstörungen, Skelettverformungen, Unfruchtbarkeit bis hin zum Brustkrebs. Von den Schädigungen ist zum Teil auch die Nachfolgegeneration betroffen. Es geht nicht in erster Linie um Recht oder Unrecht. Es geht nicht darum, dem Bund eine Last aufzubürden, die er nicht schultern muss oder kann. Es geht in diesem Antrag nicht darum, Schadenersatzansprüche zu befriedigen oder Voraussetzungen für eine Welle von Schadenersatzansprüchen auszulösen.

Es gilt, ein Zeichen zu setzen und sich auch zu den Opfern des Systems zu bekennen.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)*

Es gilt, Leid zu lindern, Mittel für einen Fonds bereitzustellen, um gesundheitliche Vorsorge leisten zu können, um breit angelegte diagnostische Untersuchungen zu ermöglichen, um Nebenwirkungen zu erforschen und damit die Kinder der Nachfolgegeneration vor nachhaltigen Schädigungen zu bewahren. Es geht darum, diesen geschädigten Sportlern Hilfen für einen beruflichen Einstieg und zur beruflichen Qualifizierung zu gewähren. Sie haben damals schulische und berufliche Bildung zurückgestellt, um sportliche Höchstleistungen zu erbringen.

Wir leisten schnell und unbürokratisch Hilfe für in Not geratene Menschen in fernen Ländern. Das ist gut und richtig. Wir haben aber die gleiche Verpflichtung gegenüber den Menschen im eigenen Lande, die Opfer eines Systems geworden sind. Hier ist eine kleine

private Initiative überfordert.

Einige Dopingopfer haben in einer Petition an den Deutschen Bundestag die „halbherzige Aufarbeitung des Dopings im DDR-Leistungssport“ beklagt. Sie haben angemahnt, Doping nicht auf die Art und Weise zu verharmlosen, dass man die Folgewirkungen einfach nicht zur Kenntnis nimmt. Es war Zeit, dass diese Sportlerinnen und Sportler ihr Schweigen gebrochen haben.

Wir dürfen die **Dopingopfer** ihrem Schicksal nicht allein überlassen. Es ist nicht richtig, die Sieger eines Systems öffentlich auszuzeichnen, die Schicksale der Opfer aber einfach wegzudrängen. Das ist moralisch nicht vertretbar.

Der Bund sollte durch Errichtung eines Fonds die Initiativen des gemeinnützigen Doping-Opfer-Hilfe-Vereins unterstützen. Wir versprechen uns von der Einrichtung eines Fonds eine Signalwirkung für Spenden seitens der Pharmaindustrie, der restlichen Wirtschaft und für weitere private Spenden. Sie alle werden sich der moralischen Verpflichtung stellen müssen und einen angemessenen Beitrag für die Dopingopfer leisten. Eine Signalwirkung hat dies aber auch für den Sport: Die Präsidenten des Deutschen Sportbundes und des Nationalen Olympischen Komitees haben öffentlich ihre Bereitschaft dazu erklärt. Lassen Sie uns in den Beratungen in den Ausschüssen eine einvernehmliche Lösung für einen solchen Fonds anstreben!

*(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)*

Ich bedauere aus meiner heutigen Kenntnis und Sicht, dass die frühere Bundesregierung und auch meine Fraktion nicht schon früher die Initiative ergriffen haben.

*(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)*

Es ist allerdings nicht zu spät. Wir sollten gemeinsam für die Dopingopfer des Sports der ehemaligen DDR eintreten.

*(Beifall bei der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)*

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Das Wort hat jetzt der Kollege Götz-Peter Lohmann von der SPD-Fraktion.

**Götz-Peter Lohmann** (Neubrandenburg) (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Ich wollte eigentlich ausdrücklich auch Vertreter des Doping-Opfer-Hilfe e. V. und möglicherweise auch Betroffene begrüßen. Sollten Vertreter anwesend sein – ich bin mir da nicht ganz sicher –, möchte ich das hiermit ausdrücklich tun.

*(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU/CSU)*

In seinem Geleitwort zu dem Buch „Anklage: Kinderdoping – Das Erbe des DDR-Sports“ stellt Bundestagspräsident Wolfgang Thierse fest – ich zitiere –:

*Irgendwie geahnt haben es viele: Die Erfolge der DDR im internationalen Sport waren auch bedingt durch den massiven regelwidrigen Einsatz gesundheitsgefährdender Dopingmittel.*

Er schrieb, die DDR habe den Sport für Zwecke der Außenpolitik und der Außendarstellung missbraucht.

– Das ist unbestreitbar. – Diese Zwecke seien den Verantwortlichen wichtiger als das konkrete Leben und die konkrete Gesundheit der Sportlerinnen und Sportler gewesen.

Als jemand, der – zugegeben – eine relativ kurze Zeit den **DDR-Sport** bzw. - Leistungssport kennen gelernt hat, kann und muss ich mich diesen Feststellungen anschließen, möchte aber heute in diesem Hohen Hause die Gelegenheit nutzen, einmal in einem Satz erwähnen zu dürfen, dass es auch unter den Trainern und den Sportmedizinern der damaligen DDR – zugegeben, es war eine klare Minderheit – solche gegeben hat, die

sich aus moralischer Überzeugung geweigert haben – einmal muss ich das sagen dürfen –, bei diesem Spiel mitzumachen. Denn sie konnten es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren, dass zum Beispiel Kindern ohne ihr Wissen Dopingsubstanzen zugeführt wurden, damit sie die geforderten Zeiten, Weiten und Höhen erzielen konnten. Wer sich dazu durchringen konnte bzw. durchgerungen hat, für den gab es Probleme; das weiß ich sehr wohl. Ich betone noch einmal: Es war eine Minderheit. Aber es gehört auch zur Ehrlichkeit und zur Fairness, das einmal festzustellen.

*(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der F.D.P.)*

Aufgrund meiner persönlichen Erfahrung – ich habe das erwähnt – spreche ich heute zu dem vorliegenden Antrag. Dabei muss ich auf verschiedene Aspekte eingehen, und zwar sowohl auf inhaltliche als auch auf Verfahrensfragen.

Zunächst zu den rechtlichen Aspekten – Kollege Riegert ist kurz darauf eingegangen –: Sie schreiben im Feststellungsteil des Antrages:

*Die Bundesregierung mag die Auffassung vertreten, dass gegen die Bundesrepublik Deutschland kein Anspruch als Rechtsnachfolger bestehe.*

Da setzt meine Kritik an: Herr Kollege Riegert, Sie erwecken damit den Eindruck, als vertrete die heutige Bundesregierung eine Auffassung, die man nicht unbedingt teilen müsse. Vor dem Hintergrund der Ihnen bekannten Rechtsprechung des Landgerichtes und des Oberlandesgerichtes Dresden zur Klage des ehemaligen Gewichthebers Roland Schmidt darf ich daran erinnern, dass es der damalige Bundesgesundheitsminister Herr Seehofer war, der als Vertreter der Beklagten die Auffassung vertrat, dass die Bundesrepublik Deutschland für diesen **staatshaftungsrechtlichen Anspruch**, der zu Zeiten der DDR entstanden ist, nicht einzustehen habe. Er hat die Ansicht vertreten, dass das Rechtsinstitut der Funktionsnachfolge nicht zur Anwendung komme, und zudem den gesamten Hergang der Medikamentenabgabe bestritten bzw. sich auf Nichtwissen berufen. Schließlich hat er auch die Einrede der Verjährung erhoben.

Das Oberlandesgericht hat sich der Auffassung der damaligen Bundesregierung zur Funktionsnachfolge angeschlossen. Da der Kläger den Antrag auf Revision bekanntlich zurückgenommen hat, ist das Urteil des Oberlandesgerichtes Dresden vom 29. Februar 1996 rechtskräftig geworden. Man mag das beklagen, aber es ist die Rechtslage und nicht nur die Auffassung der Bundesregierung. Ich denke, Herr Kollege Riegert, darauf hätte in Ihrem Antrag zumindest eingegangen werden können, wenn nicht gar müssen, aber – da stimmt die SPD-Bundestagsfraktion Ihrer Aussage ausdrücklich zu – moralische Kategorien überwiegen in diesem Falle rechtliche Normen.

*(Beifall bei Abgeordneten der SPD)*

Allerdings gilt dies nicht erst seit dem 27. März 2001, als Sie Ihren Antrag stellten. Dies galt bereits unmittelbar nach Rechtskraft des Urteils, also zu einer Zeit, als Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, Regierungsverantwortung trugen und Sie, Herr Kollege Riegert, sportpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion waren; aber Sie haben ja darauf hingewiesen.

Über die Notwendigkeit, den DDR-Dopingopfern finanziell zu helfen, bestand auch – ich möchte daran erinnern – in der Sportausschusssitzung am 25. Oktober letzten Jahres kein Dissens. Die sportpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Dagmar Freitag, hat – wie vereinbart – alle Mitglieder unserer Fraktion gebeten, sich bei den Gerichten in ihren Wahlkreisen dafür einzusetzen, dass Strafgerichte dem Doping-Opfer-Hilfe-Verein überwiesen werden. Bedauerlicherweise ist nur ein geringer Betrag überwiesen worden. Ferner hatte die Vertreterin der Bundesregierung, Frau Staatssekretärin Zypries, zugesagt, Spenden für den Verein einzuwerben.

Der Verein war gebeten worden, eine Dokumentation in eigener Sache zu erstellen. Mir ist bekannt, dass es mehrere Monate dauerte, bis diese Information vorlag.

Die SPD-Fraktion bekennt sich heute erneut zu dieser moralischen Verpflichtung – ich betone das. Es muss ein deutliches Zeichen gesetzt werden, dass man angesichts der gesundheitlichen Schäden durch das staatlich verordnete Doping in der ehemaligen DDR nicht zur Tagesordnung übergeht.

Jedoch – damit komme ich zu einem weiteren Aspekt – sind die medizinischen Fragen nach unserer Auffassung noch nicht hinreichend geklärt. Dopinganalytiker und Endokrinologen bestätigen übereinstimmend, dass in jedem Einzelfall geprüft werden müsste, ob die gesundheitlichen Schäden tatsächlich in der Gabe von Dopingsubstanzen ihre Ursache haben. Wenn wir nicht wollen, dass die Gelder, die für Dopingopfer bereitgestellt werden, überwiegend für medizinische Gutachten ausgegeben werden, dann müssen wir im Interesse einer praktikablen Regelung zu nachvollziehbaren Kriterien kommen, wer **Entschädigungsleistungen** erhält und wer nicht. Ich bin auch für eine Differenzierung. Wo die Substanzen Kindern und Jugendlichen ohne deren Wissen verabreicht wurden – darüber besteht, denke ich, Konsens –, muss es eine Entschädigung geben.

Mir ist aber auch bekannt, dass es eine ganze Reihe von erwachsenen Athleten gab, die wissentlich und das Risiko in Kauf nehmend entsprechende Mittel zu sich genommen haben. Ich denke, da ist eine Differenzierung angebracht.

Aber wir können und werden darüber diskutieren und uns von Fachleuten beraten lassen. Deshalb plädieren wir für eine solche Untersuchung.

Darüber hinaus stellt sich für die SPD-Fraktion die Frage – die ich schon angedeutet habe – dass es Sportlerinnen und Sportler gab, die Kenntnis vom Einsatz von Dopingmitteln hatten und ihn billigend in Kauf genommen haben. Die Versuchung war groß. Ich will das nicht billigen, im Gegenteil, aber es gab ja im Anschluss, wenn die Erfolge kamen, eine ganze Reihe von staatlichen Vergünstigungen. Da gab es multiple Varianten; ich möchte nicht näher darauf eingehen. An dieser Stelle, Herr Riegert, stimmen wir also mit Ihrem Antrag nicht überein.

Nun zu einem weiteren, nicht unwesentlichen Aspekt, nämlich der finanziellen Seite Ihres Antrags. Wie den Pressemeldungen zu entnehmen war, haben Sie im Antrag bewusst keine konkrete finanzielle Forderung erhoben.

Dies wäre angesichts Ihrer von mir auch sonst registrierten besonderen Gabe, mit finanziellen Forderungen in Sachen Sport insbesondere seit Herbst 1998 nicht gerade kleinlich zu sein, ein bemerkenswerter Fortschritt,

*(Zuruf von der CDU/CSU: Das haben wir von euch gelernt!)*

wenn Sie nicht nachweislich der „Netzeitung“ Ende März – meines Wissens ist das auch belegbar – ein Interview gegeben und dabei den finanziellen Umfang der Entschädigungszahlungen auf 10, 20 oder gar 30 Millionen DM über mehrere Jahre beziffert hätten. Mit diesen Zahlen tun Sie niemandem einen Gefallen,

*(Beifall des Abg. Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD])*

vor allem nicht den Betroffenen, bei denen Sie Erwartungen wecken, die möglicherweise nicht befriedigt werden können. Dann haben Sie aber auch noch kühn behauptet, diese Zahlen kämen nicht aus der CDU/CSU-Fraktion, sondern die hätte die SPD ins Spiel gebracht. Das ist gewissermaßen schon ein starkes Stück und hat nach meinem Dafürhalten mit fairer Oppositionsarbeit nichts zu tun. Ich bin immer davon ausgegangen, dass gerade wir Sportpolitiker und noch aktive Sportler relativ fair miteinander umgehen.

Wir alle erinnern uns an die Sportausschusssitzung am 25. Oktober, als der Vorsitzende des Doping-Opfer-Hilfe-Vereins, Dr. Klaus Zöllig, vortrug. Da war von deutlich geringeren Beträgen die Rede.

Die SPD-Fraktion will sich nicht auf einen konkreten Betrag festlegen. Wir alle wissen: Es kommt zu einer Überweisung in die entsprechenden Ausschüsse, auch in den Sportausschuss. Ich denke, wir werden im Sportausschuss Gelegenheit haben, uns noch

einmal intensiv mit dieser Problematik zu befassen. Dann wird auch darüber zu sprechen sein, ob – wie in Ihrem Antrag vorgesehen – ausschließlich die Bundesregierung gefordert ist, sicherzustellen, dass DDR-Dopingopfern geholfen werden kann.

Wir sehen es so, dass sich der **organisierte Sport** und auch die **Pharmaindustrie** dieser moralischen Verpflichtung stellen müssen. Es gibt Gott sei Dank Hinweise, wonach mit einer finanziellen Beteiligung zu rechnen ist, sodass das realisiert werden könnte.

Die SPD-Fraktion lehnt den Antrag der CDU/CSU-Fraktion in der vorliegenden Fassung ab. Wir lehnen ihn nicht ab, weil wir gegen die Entschädigung von DDR-Dopingopfern sind, sondern weil der Antrag mehrere Passagen enthält, die nach unserer Ansicht nicht akzeptabel sind.

Erstens. Nicht nur die Bundesregierung hat sicherzustellen, dass DDR-Dopingopfern geholfen werden kann, auch der organisierte Sport und die Pharmaindustrie sind nach unserer Auffassung in der Pflicht.

Zweitens. Wesentliche Fragen, vor allem die medizinischen, sind noch nicht geklärt. Ohne wissenschaftliche **Untersuchungskriterien** wird ein praktikables Verfahren nicht möglich sein.

Die SPD-Fraktion erklärt ausdrücklich ihre Bereitschaft, in einen konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten einzutreten bzw. den begonnenen Dialog fortzusetzen. Dies kann bereits in einer der nächsten Sportausschusssitzungen der Fall sein. Wir widersprechen allerdings allen leichtfertig geäußerten und utopischen finanziellen Forderungen.

Ich möchte nicht vergessen, zum Abschluss eines zu sagen, weil wir trotz der fortgeschrittenen Zeit immer noch Gäste haben: Nach Ablauf von elf Jahren seit dem Untergang der DDR und angesichts der Möglichkeiten, in rund acht Jahren der Regierungsverantwortung das Problem zu lösen, wird ein derartiger Antrag – man könnte ihn vielleicht auch als populistischen Antrag bezeichnen, aber ich gehe davon aus, dass wir alle es in der Sache ehrlich meinen – der Bedeutung der Angelegenheit nicht gerecht. Auch deshalb lehnen wir den Antrag in dieser Fassung ab.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit, die Sie mir trotz der fortgeschrittenen Zeit gewidmet haben.

*(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)*

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Dr. Klaus Kinkel von der F.D.P.-Fraktion.

**Dr. Klaus Kinkel (F.D.P.):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Heuchelei um Mitternacht“ schreibt heute der „Tagesspiegel“. Mitternacht ist es nicht ganz geworden, aber dieses Thema hätte in der Tat eine etwas günstigere Stunde zur Behandlung verdient. Dafür ist es zu wichtig.

Ich habe im Übrigen auch nicht die geringsten Probleme damit, zu sagen, dass wir uns um dieses Thema hätten früher kümmern müssen, auch in der alten Regierung. Da stimme ich Ihnen, Herr Riegert, ausdrücklich zu.

Das, was da in der früheren DDR geschehen ist, ist eine schlimme Hinterlassenschaft. Das systematische Doping, das **Staatsdoping**, ist inzwischen sportmedizinisch-wissenschaftlich einigermaßen aufgearbeitet. Aufgearbeitet ist seit den Prozessen im letzten Jahr und seit der Verjährung auch die Frage der Strafbarkeit der Verantwortlichen. Es ist fast nichts, wenn ich richtig unterrichtet bin, in Richtung Unterstützung geschehen.

Deshalb erwarten die Betroffenen, dass ihre zum Teil schlimmen physischen und psychischen Schäden in irgendeiner Form anerkannt werden und dass man darüber befindet, was getan werden kann. Etliche leiden unter chronischen Krankheiten. Ich verstehe

auch, dass sich einige der Betroffenen gesellschaftlich isoliert fühlen; auch ist es beruflich um viele Betroffene nicht gut bestellt. Das ist nicht gut. Die gesundheitlichen Spätfolgen scheinen sich zudem in vielen Fällen erst in der nächsten Generation zu zeigen und sind dann auch noch schwer nachweisbar.

Die **rechtliche Situation** ist durch die Entscheidung des Dresdener Oberlandesgerichts geprägt, die besagt: Keine Haftung des Staates. – Als ehemaliger Justizminister und langjähriger Staatssekretär im Justizministerium muss ich sagen, dass ich darüber auch etwas unzufrieden bin. Ich kenne mich in der Problematik der Rechtsnachfolge einigermaßen aus, aber ich habe meine Zweifel daran, ob dies alles so sein musste.

*(Beifall bei der F.D.P. – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Was soll das denn jetzt heißen?)*

Man kann den betroffenen Menschen schließlich nicht vorwerfen, sie hätten das alles sozusagen selbst verschuldet. Für junge, talentierte Sportler war es wohl schwer, sich in dem Unrechtsstaat dem Dopingsystem zu entziehen. Die Abhängigkeit war einfach zu groß. Deshalb glauben wir, dass in der Tat ein **Fonds** gegründet werden sollte. Darüber haben wir uns bereits unterhalten und sind uns wohl auch einigermaßen einig. Dieser Fonds müsste aus staatlichen Mitteln gespeist werden; es müssten Mittel aus der Wirtschaft hinzukommen – ich kann mir auch vorstellen, dass dies möglich sein wird – und die Sportverbände sollten sich ebenfalls an diesem Fonds beteiligen. Wir können die Betroffenen nicht im Regen stehen lassen.

*(Susanne Kastner [SPD]: Schicken wir mal den Kohl los! Der kann das!)*

Die **Opfer** kämpfen seit relativ langer Zeit gegen die Mühlen der Bürokratie und gegen die Nichtbeachtung in Politik und Gesellschaft, zum Teil auch gegen offene Anfeindungen. Für viele war es wohl auch sehr schwer, aus der Reserve zu kommen und dies mit einem persönlichen Outing zu verbinden, das zum Teil bis in die intimsten Privatbereiche hineinging. Deswegen meine ich, dass die Betroffenen es verdienen, endlich Gehör zu finden und eine Antwort sowie finanzielle Unterstützung zu bekommen.

*(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)*

Ich habe versucht, mich über die Zahlen zu informieren, die infrage stehen. Wenn ich das richtig verstanden habe – aber ich bitte darum, das nicht als absolut verbindlich zu nehmen – , handelt es sich höchstens um 100, 200 oder 300 Betroffene. Angesichts einer solchen Dimension kann das Vorhaben wohl kaum scheitern. Es geht schließlich um Einzelschicksale. Das kostet zwar etwas Geld, aber entscheidend ist, dass wir den guten Willen haben, zu helfen.

*(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)*

Ich meine, dass es auch der großen Sportnation Deutschland, die wir sein und bleiben wollen, nicht schlecht anstünde, wenn wir dies täten, auch im Hinblick darauf – das ist ebenfalls vorhin bereits erwähnt worden –, dass wir nicht unwesentlich vom Sporterbe der DDR profitiert haben.

Das Fazit ist also: Nach unserem Vorschlag sollen – wie im Sportausschuss angedeutet und besprochen – Wirtschaft, Staat und die Verbände in einen Fonds einzahlen und dann sollte ein vernünftiges System der Auszahlung und Abfindung gefunden werden.

Danke schön.

*(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Das Wort hat jetzt der Kollege Winfried Hermann von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Winfried Hermann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und

Herren! Wir beschäftigen uns heute mit einem sicherlich schwierigen und aus meiner Sicht auch widerlichen Kapitel der deutschen Sportgeschichte. Am liebsten würde man es – so geht es mir jedenfalls – ad acta legen, wenn es da nicht die Opfer gäbe, die noch lange an diesem Missbrauch leiden werden.

Ich glaube, wir können uns das nicht mehr leisten. Meiner Meinung nach ist das Positive und Angenehme der heutigen Debatte, dass die Redner aller Fraktionen deutlich gemacht haben, dass wir das nicht mehr verdrängen wollen, sondern wir uns dieser Verantwortung stellen wollen, obwohl wir nicht diejenigen sind, die die eigentliche Verantwortung tragen. Es hat mir gefallen, dass alle gesagt haben: Wir wollen nicht nur das Gute des Erbes übernehmen. Das haben wir gerne getan. Bei einem Erbe ist es aber nicht möglich, den schlechten Teil auszuschlagen. Auch die Erblasten gehören dazu. Damit setzen wir uns auseinander.

Ich habe im Sportausschuss deutlich gemacht, dass wir uns, unabhängig von der schwierigen rechtlichen Lage und den schwierigen Fragen von Schuld und Verantwortung, unserer Verantwortung stellen müssen. Aus meiner Sicht gibt es Täter, Mitwisser, Halbwissende und Menschen, die nichts wissen wollten. Es gibt tatsächlich auch Nichtwissende, Ahnungslose, Opfer. In dieser Unterschiedlichkeit müssen wir die Problematik angehen.

Das komplexe System des DDR-Dopings ist nicht ganz leicht zu erfassen. Man muss aufpassen, dass man nicht das Bild vermittelt, als sei der DDR-Sport eine einzige Geschichte des Dopings oder als seien alle Sportlerinnen und Sportler der DDR nur leistungs- und wirtschaftsgeil und deswegen verführbar gewesen. Es gab viele Menschen, die aus Liebe zum und Freude am Sport und in gutem Glauben – übrigens nicht alle mit Doping – Sport getrieben haben. Ines Geipel, die meines Wissens heute hier ist, hat es unlängst ausgedrückt. Die Spitzensportlerin sagte: Wir haben es auch aus Liebe an der Bewegung getan.

Manches von dem System wird nur erkennbar, wenn man in die Stasi-Akten schaut. Vielleicht haben damit einige von uns Probleme, weil es Stasi-Akten sind. Aber die konspirative Methode ist nur über diese Akten verstehbar, so widerlich sie sind. Sie sind die einzigen Dokumente, die offen darlegen, was damals geschehen ist, wie konspirativ gearbeitet wurde, dass manche eingeweiht waren und andere eben nicht.

Trotz all dieser Differenzierung muss ich aus grüner Sicht sagen: Es gibt Opfer. Selbst wenn es medizinisch schwierig ist, nachzuweisen, was tatsächlich dazu geführt hat, meine ich angesichts der Rechtssituation: Wir können nicht ignorieren, dass es Geschädigte gibt. Herr Kinkel und andere haben das Landgericht Dresden angesprochen. Das Gericht hat festgestellt: Wir, die Bundesrepublik, sind nicht verantwortlich und müssen nicht zahlen. Aber ich finde, wir können diese Position nicht annehmen. Es hat mich gefreut, dass selbst kritisch gesagt wurde: Wir können dies nicht aussitzen. – Es fällt oft leicht, in der Opposition Verantwortung einzuklagen, wenn man sie nicht hat. Jetzt haben Sie sie eingeklagt und wir nehmen sie an. Damit ist der Weg frei, etwas zu tun.

Der **Doping-Opfer-Hilfe-Verein** hat schon Großartiges geleistet. Dafür herzlichen Dank und weiterhin viel Kraft.

*(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)*

Er hat die Politiker angestoßen, die die Verantwortung zunächst nicht übernommen haben. Es liegt jetzt an uns, diesen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, den Betroffenen zu helfen. Allein mit diesem Verein wird es nicht möglich sein. Wir brauchen – darin stimme ich allen zu, die dies gesagt haben – einen Fonds. Er muss aus staatlichen Mitteln, aber auch aus Mitteln der Wirtschaft gespeist werden. Man hat zum Teil damals davon profitiert und ist auch heute noch Teil des Systems. Aber auch Sportorganisationen müssen sich beteiligen. Das NOK hat gerne einige Millionen aus dem Vermögen als gutes Erbe mitgenommen. In dem Fall muss man auch etwas für den schlechten Teil zahlen, also in den Fonds einzahlen.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Herr Kollege Hermann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Beucher?

**Winfried Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, bitte schön.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Bitte schön, Herr Beucher.

**Friedhelm Julius Beucher (SPD):** Geschätzter Kollege Hermann, folgen Sie meiner Einschätzung, dass die Politik den Hilferuf zumindest dergestalt aufgegriffen hat, dass wir im Sportausschuss des Deutschen Bundestages den Doping-Opfer-Hilfe-Verein angehört haben, und dass es wichtig ist, dies in dieser Debatte, in der wir das Thema neu anstoßen, zu erwähnen?

**Winfried Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Kollege Beucher. Ich kann Ihnen voll und ganz zustimmen. Ich freue mich außerordentlich darüber, dass wir nicht im Duktus der Herrschenden gesagt haben: Wir geben nichts, wir haben nichts, wir sind nicht verantwortlich. – Vielmehr haben wir gesagt: Wir möchten die Probleme kennen lernen. Wir möchten sehen: Was sind die Schwierigkeiten? Wo braucht ihr Hilfe? Das war der erste Schritt.

Der nächste Schritt ist, dass wir uns jetzt zusammensetzen und überlegen: Wie kann man einen solchen Fonds aufbauen und speisen? Ich sage aber auch ganz klar: Wir sollten nicht so tun, als müsse dies der Staat allein regeln, sondern wir müssen diese Dreierkonstruktion hinbekommen, bei der die Sportvereine und die Wirtschaft mit in das Boot hinein müssen.

*(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)*

Dann sehe ich Möglichkeiten. Ich finde, der Antrag der CDU/CSU-Fraktion gibt einen guten Anstoß. Wir müssen allerdings sehen, wie wir das im Detail um setzen können.

Ich kann Ihnen zum Schluss sagen: Für mich ist die ganze Geschichte der Dopingopfer der DDR eigentlich eine Ermahnung, jetzt in der Bundesrepublik Deutschland rasch ein eigenes Anti-Doping-Gesetz zu erarbeiten, damit wir nicht in wenigen Jahren über die Schäden der Sportler sprechen müssen, die heute Doping betreiben.

Vielen Dank.

*(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)*

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Da der Kollege Gustav-Adolf Schur von der PDS-Fraktion seine Rede zu Protokoll gegeben hat, schließe ich die Aussprache.<sup>1)</sup>

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 14/5674 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Freitag, den 1. Juni 2001, 9 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 22.30 Uhr)

## 1) Anlage 9

### Zu Protokoll gegebene Rede

#### zur Beratung des Antrags: Errichtung eines Fonds zur Unterstützung der Doping-Opfer der DDR (Tagesordnungspunkt 17)

**Gustav-Adolf Schur (PDS):** Die Zuständigen für die Tagesordnung haben diese Debatte für die Zeit um Mitternacht angesetzt. Das ist die Zeit der Berufsboxer – Show time – und das lässt Assoziationen aufkommen: Schattenboxen mit Zwölf-Unzen-Handschuhen ist angesagt. Zum besseren Verständnis: Das sind die dick gepolsterten für Kinderkämpfe! Ich denke, dass in diesem Fall Fünf-Unzen-Handschuhe gefragt wären, das heißt die, mit denen sich die Profis prügeln.

Ich bin gegen jedes Doping, das habe ich oft genug erklärt. Ich bin dafür, dass Doping juristisch verfolgt wird und zwar im Leistungssport und in den Fitnesszentren. Es ist auch vonnöten, durch Doping gesundheitlich Geschädigte gebührend zu entschädigen. Aber dieses Hohe Haus hat Entscheidungen für ganz Deutschland zu treffen und nicht – wenn es gerade wieder mal politisch passt –, für die Gegend um Schwerin oder Leipzig, Erfurt oder Dresden. Also: wenn gegen Doping und Dopingmissbrauch kämpfen, dann deutschlandweit.

In dem Antrag der Kollegen von der CDU/CSU heißt es anklagend – ich zitiere –:

*Sport war in der ehemaligen DDR Mittel staatlicher Repräsentation, staatlicher Propaganda; sportliche Spitzenleistungen sollten der Welt die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft widerspiegeln und das Ansehen der ehemaligen DDR stärken.*

Zur Erweiterung Ihres Wissens auf diesem Gebiet möchte ich Ihnen ein Interview des Abgeordneten Kanther im Deutschlandfunk aus dem Jahre 1996 empfehlen. Auf die Frage nach dem Wert der in Atlanta von Deutschen eroberten Medaillen sagte er wörtlich:

*Sie sind ein nationales Anliegen. Sie sind in einem Teilaspekt Ausweis des Leistungsvermögens eines Volkes.*

Ich wiederhole den Namen: Kanther, damals Bundesinnenminister.

Abschließend: Doping ist in erster Linie eine medizinische Disziplin, in zweiter Linie eine juristische; ob man in den Ring steigen sollte, um Doping auch noch als politische Disziplin vorzuführen, bezweifle ich sehr – weder mit Fünf-, noch mit Sechs-, Acht- oder Zwölf-Unzen-Handschuhen.